

EK-Aktionsprogramm

Auf grünen Pfaden

Der European Green Deal ist mit einem Großteil seiner Legislativdossiers abgeschlossen bzw. in der Zielgeraden, so wie auch die Amtsperiode der EU-Kommission und des EU-Parlaments. Achtung vor Schnellschüssen im Eifer der „letzten Gefechte“.

Im September hielt die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die traditionelle „Rede zur Lage der Union“. Darin zog sie Bilanz über das vergangene Kommissionsjahr und stellte künftige Ziele der Kommission vor. Im Juni 2024 finden die Wahlen zum EU-Parlament statt. Damit neigt sich auch die „Exekutiv“-Periode der Kommission langsam einem Ende zu. Bevor das inhaltliche Programm dem Programm des EU-Wahlkampfes weicht, soll der folgende Artikel resümieren: Welche (umwelt- und energiepolitischen) Ziele hat sich die Kommission zu Beginn gesetzt, welche Ziele wurden schon erreicht, und was soll bzw. kann noch erreicht werden?

„Dies ist der Moment, um der jungen Generation zu zeigen, dass wir einen Kontinent gestalten können [...]“, eröffnete die „Rede zur Lage der Union“ der Präsidentin der Europäischen Kommission (EK), Ursula von der Leyen, Raum für Visionen. Und Visionen braucht es ebenso wie konkrete Maßnahmen zur Erreichung ebendieser. Denn die EU steht vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte: dem Wandel hin zu einer nachhaltigen, klimafreundlichen und energieeffizienten Zukunft. Das Programm der EU-Kommission 2019-2024 hat sich – neben fünf anderen Prioritäten – gerade im Klima-, Energie- und Nachhaltigkeits-Bereich ehrgeizige Ziele gesetzt und eine umfassende Transformation angestrebt. Und die Energiekrise, von der die Jahre 2022 und 2023 geprägt waren, hat die Wichtigkeit unabhängiger Energieversorgung unterstrichen.

Green Deal – Erfolg(t)e und geplante Umsetzungen

Von den europäischen Zielen und Vorschlägen besonders präsent und im Bewusstsein der Öffentlichkeit war der European Green Deal (aus dem Jahr 2019) als Flaggschiff-Initiative. Im Rahmen dessen wurde das Fit for 55-Paket (2021) geschnürt, das nun mit der Finalisierung der überarbeiteten und neuen Regelungen in die Zielgerade

kommt. Grundgelegt ist darin, dass die EU 55 Prozent weniger Netto-Treibhausgas-Emissionen (Netto-THG-Emissionen) bis 2030 emittieren soll als 1990 und sie bis 2050 auf netto-null reduziert haben soll und so Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent wird. Zur Erreichung der Ziele wurden sowohl bestehende Regelungen überarbeitet als auch neue Vorschläge unterbreitet, unter anderem hinsichtlich THG-Reduktion, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Biodiversität. Ein großer Punkt waren etwa die Änderungen in der EU-ETS-Richtlinie. Diese beinhalteten eine schrittweise Reduzierung der Zertifikatsmenge und der Gratiszertifikate bis 2034, die Aufnahme des Seeverkehrs in den ETS, und die Zuweisung von nicht mehr kostenlosen Zertifikaten an den Innovation Fund. Thermische Abfallverwertungsanlagen könnten ebenfalls in den ETS aufgenommen werden, abhängig von Berichten der Mitgliedstaaten bis 2026. Außerdem wird mit Oktober ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) eingeführt, um Carbon Leakage zu verhindern, indem Importe emissionsintensiver Produkte besteuert werden. Sehr kontrovers war außerdem die Beschränkung der Neuzulassungen für Autos ab 2035 auf Null-Emissions-Fahrzeuge für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge; gleiches gilt für den Vorschlag zur Biodiversität; eine auch nach wie vor offene Kontroverse betrifft den Vorschlag zur Überarbeitung der Gebäudeeffizienz-RL, der sich im September noch im Trilog befand. Viele Vorhaben im Energie- und Klimabereich wurden damit schon abgeschlossen, ein paar sind noch ausständig.

Quo vadis EU? Nachhaltig und wirtschaftlich

In ihrer Rede zur Lage der Union 2023 betonte Ursula von der Leyen die Bedeutung der Nachhaltigkeit, des Klimaschutzes und der Energiepolitik für die Zukunft Europas. Sie hob die bisherigen Erfolge hervor, betonte jedoch auch, dass noch viel Arbeit bevorstünde. Unter Verweis auf die jüngsten Umweltkatastrophen und die zunehmende Erderwärmung („boiling planet“) unterstrich von der Leyen die Dringlich- und Notwendigkeit, die ambitionierten Ziele des Europäischen Green Deal und die ehrgeizigen Ziele für 2030 und 2050 zu erreichen. Die EU müsse die Führung bei der Bekämpfung des Klimawandels übernehmen und eine Vorreiterrolle in der globalen Klimapolitik einnehmen. Positiv hervor hob von der Leyen auch die wachsende Zahl an sauberen Stahlfabriken und Investitionen in grünen Wasserstoff und sprach über die Bedeutung der biologischen Vielfalt unter besonderer Berücksichtigung von Gewässern und Wäldern. Mit ihrer Rede untermauerte von der Leyen, dass der eingeschlagene Weg im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik weiterhin – schnell und konsequent – beschritten werden muss. Vermehrtes Augenmerk scheint nun aber auch auf die Wirtschaft zu fallen, wie der Teil der Rede zur Wettbewerbsfähigkeit zeigte. Dort sprach

die EK-Präsidentin von der „nächsten Phase des europäischen Grünen Deals“, womit sie die Weiterentwicklung der „Klima-Agenda zu einer wirtschaftlichen Agenda“ meinte. Mit Blick auf das Netto-Null-Industriegesetz (englisch: Net Zero Industry Act – NZIA) und das Gesetz über kritische Rohstoffe (Critical Raw Materials Act – CRMA) hob sie besonders den Industrie-Sektor hervor und versprach Unterstützung bei der Dekarbonisierung, unter anderem mit Energiewende-Dialogen. Wie wichtig Wettbewerbsfähigkeit der EK-Präsidentin in der verbleibenden Periode ist, zeigt sich auch in der Beauftragung des ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi mit der Erstellung eines Berichts über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit – dafür, so von der Leyen, wird Europa tun “whatever it takes”.

Ratspräsidentschaft rackert wacker

Unterdessen müht sich die aktuelle spanische EU-Ratspräsidentschaft ab, die Green-Deal-Dossiers noch vor den EU-Wahlen voran- und fertigzubringen. Beabsichtigt ist im Arbeitsprogramm des Rates, Fortschritte zu den Dossiers im Trilogstadium, wie F-Gase-VO, Ozon-VO, Abfallverbringungs-VO, Industrieemissions-RL, Industrieemissions-Portal, Elektro- und Elektronikaltgeräte-RL (WEEE) sowie zur Wiederherstellungs-VO zu erzielen. Bei möglichst vielen dieser Dossiers ist auch eine finale politische Einigung mit dem EP beabsichtigt. Vorantreiben wollen die Spanier die Annahme von Ratspositionen zur Überarbeitung der kommunalen Abwasser-RL, der VO über CO₂-Standards von schweren Nutzfahrzeugen, der Revision der Luftqualitäts-RL, zur VO über die Zertifizierung von Maßnahmen zur Entfernung von CO₂ (Carbon Removals Certification), zur EU-VO über Verpackungen und Verpackungsabfälle und zum Wasserdossier Prioritäre Stoffe. Auch die Green-Claims-RL steht auf der Agenda, Fortschritte sind beabsichtigt.

Kommission legt noch nach

Während die Ratspräsidentschaft mit der Abarbeitung des Aktuellen kaum nachkommt, plant die Kommission in den nächsten Monaten noch weitere Initiativen bzw. hat diese schon vor der Sommerpause vorgelegt:

- **Bodenüberwachung** (ist seit Juli 2023 da, vgl dazu Beitrag auf Seite 36-39)
- **Abfallrahmen-RL**-Überarbeitung im Bereich von Lebensmittel- und Textilabfällen (ist ebenfalls bereits „unterwegs“)
- **Mikroplastik**-Maßnahmen: Verringerung der Freisetzung (schon da seit Sommer)
- **Altfahrzeuge**: Überarbeitung der EU-RL plus der Typengenehmigung von Kraftfahrzeugen (liegt seit diesem Sommer auf dem Tisch)
- **Quecksilber**-VO-Überarbeitung (liegt seit Juli 2023 vor)
- **Chemikalien**: Horizontaler Vorschlag zur Umverteilung der technischen und wissenschaftlichen

EU-Arbeit im Bereich Chemikalien an EU-Agenturen (demnächst)

- **Chemiesicherheit**: Legislativvorschlag über den Zugang, die Verfügbarkeit, die gemeinsame Nutzung und die Weiterverwendung von chemischen Daten für Sicherheitsbewertungen von Chemikalien (demnächst)
- **REACH-VO**-Änderung (Ende 2023)
- **Wälder**-Überwachungsrahmen: Legislativvorschlag (Herbst 2023). ●

Fazit

Die Kommission ist mit der Umsetzung ihrer zu Beginn des Green Deals im Jahre 2019 gesteckten Ziele weit gekommen – jedenfalls im Legislativprozess. Positiv ist, dass die Wirtschaft beim grünen Wandel verstärkt gesehen und mitgedacht werden soll. Kritisch diskutieren lässt sich darüber, ob der Green Deal tatsächlich Klimaschutz und Wachstum vereint oder mehr Verbote, Verteuerungen und Bürokratie bringt. Der Green-Deal-Chefideologe, Frans Timmermans, hat jedenfalls die EU-Kommission als Vizepräsident und Klimakommissar verlassen und ist in die nationale Politik der Niederlande zurückgekehrt. Die Gestaltungsvision der verbleibenden EK-Präsidentin, die ihr Werk „zu Ende bringen“ möchte, bezieht sich auf „...einen Kontinent, der mit der Natur versöhnt und bei der Entwicklung neuer Technologien führend ist.“ Wünschen wir Europa – und damit uns allen – bei der Erfüllung dieser Vision alles Gute.

Infos:

- European Green Deal ([Link](#))
- State of the Union 2023 ([Link](#))
- Überblick EU-Dossiers: EU-Umwelt-Stenogramm der WKÖ ([Link](#)).



Mag. Katja Heine (WKÖ)
katja.heine@wko.at



Mag. Axel Steinsberg MSc (WKÖ)
axel.steinsberg@wko.at